

13. AHV-Rente**Schlechte Politik vermehrt sich****Reiner Eichenberger**Professor für Finanz- und Wirtschaftspolitik
an der Universität Freiburg

Die 13. AHV-Rente findet in Umfragen immer noch deutliche Mehrheiten. Dabei ist sie gemäss ihren Gegnern verantwortungslos, teuer und unsozial. Sind also die Befragten ver-rückt geworden? Nein! Entrückt ist die Politik der Gegner mit Bundesrat und Economiesuisse.

Ein Abstimmungsplakat fragt die Grosseltern suggestiv: «Die Enkel belasten?». Dabei müssten gerade liebende Grosseltern für die 13. AHV-Rente stimmen – und sie dann ihren Enkeln schenken. Diese müssten zwar für die Finanzierung der zusätzlichen Rente noch mehr Steuern zahlen. Aber unter Berücksichtigung der innerfamiliären Zuwendungen würden sie profitieren, denn es gibt Nettozahler: Die Zuwanderer der letzten und kommenden Jahrzehnte. Bei den 30- bis 40-Jährigen sind schon gut 40 Prozent der Einwohner Ausländer. Sie haben selten Eltern mit Anspruch auf AHV und kein Stimmrecht. Hingegen haben die Alten mit AHV und ihre Nachkommen zumeist Stimmrecht. Deshalb ist die Mehrheit der Stimmberechtigten für mehr Rente.

Die 13. AHV-Rente ist trotz der Begünstigung Einheimischer eine schreckliche Vorlage. Sie plündert und destabilisiert das Rentensystem. Aber leider ist sie nur eines von vielen Beispielen dafür, wie die Personenfreizügigkeit die Schweizer Erfolgsrezepte aushebelt. Wegen der Personenfreizügigkeit lohnt es sich für «normale» Bürgerinnen und Bürger nicht mehr, für kluge Politik einzustehen, welche die Lebensqualität erhöht. Denn mit der Lebensqualität wachsen auch die Standortattraktivität und damit der Zuwanderungsdruck und die Füllungseffekte durch Verknappung und Verteuerung von Boden, Infrastruktur, Umweltgütern und Selbstversorgungszielen, was die Erträge guter Politik überkompensieren kann. Schlechte Politik wie eben eine 13. AHV-Rente oder all die marktfeindlichen flankierenden Massnahmen in den Arbeits- und Immobilienmärkten werden deshalb bei den Stimmberechtigten immer beliebter.

All das scheint dem Bundesrat und Economiesuisse egal zu sein. Sie betonen nur die Vorteile der Personenfreizügigkeit, aber ignorieren ihre Nachteile. In den laufenden Verhandlungen mit der EU scheinen sie keinerlei Absicht zu haben, die Zuwanderung zu bremsen. Dabei müssten sie jetzt Lösungen zur Senkung des zu hohen Bevölkerungswachstums anstreben. Denn noch könnten sie sich darauf berufen, dass die Personenfreizügigkeit unter völlig falschen Annahmen über die Zuwanderung eingeführt wurde. Wenn aber die Schweiz den vom Bundesrat anvisierten Vertrag mit der EU unterschreibt, wird sie endgültig in der Personenfreizügigkeit gefangen – mit allen negativen Folgen für die weitere Politik und unsere Lebensqualität.